

V-69-064 Dringlichkeitsantrag: Syrien und Irak: tun, was möglich ist. Humanitäre Hilfe leisten - politische Lösung voran bringen

Antragsteller*in: Lino Klevesath (KV Göttingen)

Änderungsantrag zu V-69

Von Zeile 63 bis 64 einfügen:

Einfluss hin zu einer Lösung des Konflikts geltend zu machen. Wir fordern, dass diese Verbrechen klar benannt werden.

Im Rahmen der Europäischen Union fordern wir die Bundesregierung auf, sich für ein vollständiges Einfrieren der formellen diplomatischen Beziehungen Europas mit dem syrischen Regime und eine vollständige Schließung der syrischen Botschaften einschließlich des Abzugs des diplomatischen Personals auf dem Gebiet der Europäischen Union einzusetzen. Eine Wiedereinreise des diplomatischen Personals darf nur erfolgen, wenn das Assad-Regime wieder einen Waffenstillstand akzeptiert und umsetzt und Verhandlungen mit relevanten Oppositionsgruppen aufnimmt.

Begründung

Auch wenn im Westen schon lange erklärt wird, dass Assad "jede Legitimität verloren" habe, betreibt das syrische Regime im westlichen Ausland noch immer zahlreiche Botschaften und ist auch bei der UN als völkerrechtlich anerkannte Vertretung Syriens repräsentiert. Für Syrer*innen in Europa ist dies eine Zumutung, da sie häufig aufgefordert werden, Dokumente und Zeugnisse durch die vom Regime betriebenen Botschaften beglaubigen zu lassen, obwohl sie gerade vor diesem Regime geflohen sind. Auch für die Verlängerung und Ausstellung ihrer Reisepässe müssen sich die Syrer*innen bei Bedarf an die Botschaften des Regimes wenden.

Für das Assad-Regime ist der Weiterbetrieb der Botschaften wichtig, da es der Regierung weiterhin internationales Prestige verleiht und Unterstützer*innen des Regimes mit attraktiven Auslandsposten belohnt werden können. Die Suche nach einer friedlichen Lösung haben die Botschaften hingegen in den vergangenen Jahren nicht vorangebracht. Mit der (zumindest zeitweiligen) vollständigen Schließung der Botschaften in der EU gäbe es ein weiteres, schmerzhaftes Druckmittel gegen die syrische Regierung jenseits von militärischen Optionen.

Siehe den Artikel der New York Times zu dem Thema:

http://www.nytimes.com/2016/11/03/opinion/you-dont-need-a-no-fly-zone-to-pressure-russia-in-syria.html?_r=1

Weitere Antragsteller*innen

Marcel Ernst (KV Göttingen); Viola von Cramon (KV Göttingen); Valentin Büchi (KV Göttingen); Simon Schütte (KV Oldenburg-Land); Andrej Novak (KV Forchheim); Michael Merkel KV Bochum; Sebastian Pewny KV Bochum; Siggie Martsch KV Borken; Christian Sandau KV Tempelhof-Schöneberg; Mukhtaar Sheekh Cali KV Kiel; Gerhard Thiel - KV Diepholz; Marcel Duda (KV Hildesheim); Heidi Rohrlack (KV Augusbur-Stadt); Rahima Valena (KV Göttingen); Yonas Schiferau (KV Göttingen); Peter Koller (KV

Neukölln); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Carolin Kolbe (KV Hannover); Rainer Daams (KV Solingen)